

Obwohl das gewählte irakische Parlament mehrheitlich einen Zeitplan für den Abzug aller fremden Truppen gefordert hat, beschließt der UN-Sicherheitsrat auf Antrag der Maliki-Regierung erneut eine Verlängerung der Besetzung ohne Abzugsplan!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 129/07 – 24.06.07**

Exklusiv: Irakische Abgeordnete verabschieden eine Resolution, die das Ende der Besetzung erzwingen könnte

Von Raed Jarrar und Joshua Holland

AlterNet, 05.06.07

(<http://www.informationclearinghouse.info/article17842.htm>)

Das (irakische) Parlament hat heute eine bindende Resolution verabschiedet, die den Abgeordneten die Möglichkeit garantiert, die Verlängerung des UN-Mandats, das den Aufenthalt der Koalitions-Truppen im Irak erlaubt, zu blockieren. Das Mandat muss im Dezember verlängert werden. Ministerpräsident Nuri al-Maliki, dessen Kabinett von irakischen Separatisten dominiert wird, kann ein Veto gegen einen solchen Beschluss einlegen.

Das Gesetz verlangt die Zustimmung des Parlaments zu jeder künftigen Verlängerung des Mandats, die bisher immer vom irakischen Ministerpräsidenten beantragt wurde. Das ist ein enormer Fortschritt, und Parlamentarier, die wir heute telefonisch in Bagdad erreicht haben, sagten, sie wollten tatsächlich eine Verlängerung des Mandats für die Koalition blockieren, wenn es in sechs Monaten erneuert werden muss.

Am Telefon in Bagdad sagte uns Nassar al-Rubaie, der Vorsitzende des Al-Sadr-Blocks im irakischen "Council of Representatives" (Abgeordnetenrat): **"Diese neue bindende Resolution wird die Regierung daran hindern, eine Verlängerung des UN-Mandats ohne Zustimmung des Parlaments zu beantragen. Sie werden uns Ende des Jahres fragen müssen, und wir werden eine Verlängerung des UN-Mandats ohne Bedingungen definitiv ablehnen."** Rubaie fügte hinzu: **"Sie werden auf keinen Fall einen Blanko-Scheck für eine Verlängerung des Mandats erhalten, mit jeder Verlängerung muss ein Zeitplan für einen kompletten Rückzug verbunden sein."**

Ohne UN-Mandat würde die fortgesetzte Anwesenheit der Koalitionstruppen im Irak juristisch und faktisch zur bewaffneten Besetzung und könnte dann nicht länger politisch gerechtfertigt werden. Umfragen belegen, dass die meisten Iraker die US-Streitkräfte eher als Besatzer, denn als Befreier oder Friedensstifter sehen. Aber gleichzeitig gaben 2004 bei einer Befragung durch das "Independent Institute for Administration and Civil Society Studies" 92 Prozent der Antwortenden an, das UN-Mandat verleihe der fortgesetzten Anwesenheit fremder Truppen in den Straßen Iraks eine Aura von Legitimität, und das noch vier Jahre nach dem Fall Saddam Husseins.

Die Resolution wurde initiiert, als vor zwei Wochen die Mehrheit der irakischen Abgeordneten eine nicht bindende Petition der Legislative unterzeichnete, mit der die Regierung gebeten wurde, den Abzug aller fremden Truppen aus dem Land zu fordern.

Während die Bedeutung des MNF-Mandats (des Mandats für die Multinational Forces) von den amerikanischen Medien praktisch ignoriert wurde, war es in Bagdad Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Im letzten Herbst, gerade nach den Halbzeit-Wahlen in

den Vereinigten Staaten, versuchte eine Koalition von irakischen Nationalisten im Parlament Bedingungen an eine Verlängerung des Mandats zu knüpfen.

Der irakische Abgeordnete Jabir Habib – ein der Al-Sadr-Bewegung nahestehender Schiit – sagte im Herbst in einem Interview, das irakische Parlament habe schon im letzten Jahr über die Angelegenheit abstimmen wollen. "Wir haben die letzten Monate mit Diskussionen über die Bedingungen verbracht, mit denen das Mandat verknüpft werden sollte," führte er aus. "Das Parlament hatte sich für drei Hauptbedingungen entschieden. Diese Bedingungen forderten den Abzug der Koalitions-Truppen aus den Städten und die Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit an die irakische Regierung. Die Iraker müssen das Recht haben, die irakischen Sicherheitskräfte selbst zu rekrutieren, auszubilden, auszurüsten und zu kommandieren. Über eine Verlängerung des UN-Mandats muss alle sechs Monate und nicht erst nach 12 Monaten verhandelt werden."

Abgeordnete, die schon im letzten Jahr genügend Unterstützung für ihre Forderung hatten, die Mandats-Verlängerung mit einem Zeitplan für den Truppenabzug zu verbinden, wurden von al-Maliki einfach übergangen. Der Ministerpräsident bat in einem Brief an den UN-Sicherheitsrat um Verlängerung, ohne Mitglieder des Parlament überhaupt zu fragen. Diese Verhalten empörte die Abgeordneten.

In einem Telefon-Interview direkt nach der damaligen Verlängerung sagte Hassan al-Shammari, ein schiitischer Abgeordneter der AL-Fadila-Partei: "Vor zwei Tagen hatten wir eine nicht öffentliche Sitzung und wollten in 10 Tagen über das Mandat abstimmen. Ich kann es nicht glauben, dass das Mandat gerade ohne unsere Kenntnis und Beteiligung verlängert wurde." Saleh al-Mutlaq, ein religiös nicht gebundener sunnitischer Abgeordneter, war auch geschockt, als wir im letzten Herbst mit ihm sprachen. "Das kommt völlig unerwartet," sagte er. " Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der Ministerpräsident die Ansichten des Parlaments missachtet und alle Macht an sich reißt."

Die heutige Resolution bedeutet, dass Maliki dieses Mal nicht mehr ebenso (selbstherrlich) handeln kann. Mutlaq, den wir heute telefonisch in Amman in Jordanien erreicht haben, sagte, bezogen auf die Abstimmung: "Das Parlament hat jetzt mehr Macht, wir können eine Verlängerung des UN-Mandats blockieren und fordern, dass erst ein Zeitplan (für den Abzug aller fremden Truppen) festgelegt werden muss."

Die irakische Regierung muss eine Krise ihrer Legitimität befürchten, vor allem, weil sie sich bisher geweigert hat, den Abzug der US-Truppen zu fordern, den vier Fünftel aller Iraker wollen. Nach einer Umfrage des "Project on International Policy Attitudes" glauben 80 Prozent der Iraker, die USA wollten permanente Militärbasen in ihrem Land behalten. Drei Viertel der Befragten glauben, falls ihre Regierung einen Zeitplan für einen (US-)Rückzug fordere, würde Washington das einfach ignorieren. Nach Meinung der Autoren dieser Umfrage sind diese Befürchtungen der Hauptantrieb für alle Gruppen im Irak, die Koalitionstruppen anzugreifen.

Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, dass das Maliki-Regime gegen die heute verabschiedete Resolution sein Veto einlegen wird. Die mit dem Weißen Haus verbündeten Separatisten in Bagdad haben immer wieder Wege gefunden, um das Parlament zu umgehen. Al-Mutlaq äußerte heute auch, der nationalistische Block habe möglicherweise nicht die Zweidrittel-Mehrheit, um ein Veto (Malikis) zu überstimmen.

Er warnte jedoch, die ständige Missachtung des irakischen Parlaments durch das Regime al-Malikis werde nur noch mehr Iraker dazu zwingen, sich der Okkupation gewaltsam zu widersetzen. Er meinte: "Das wird dazu führen, dass sich noch mehr

Gruppen aus dem politischen Prozess zurückziehen, und alles wird noch schlimmer werden."

Die heute verabschiedete Resolution ist nur ein Teil der Bestrebungen der Nationalisten, den Rückzug der US-Truppen durchzusetzen. Nassar al-Rubaie sagte zur Verabschiedung der Resolution: "Das ist nur die Grundlage für unser weiteres Vorgehen. Mit einer weiteren Resolution werden wir bald einen detaillierten Abzugsplan vorlegen." Er versicherte, die Nationalisten würden im Parlament eine Debatte über eine "saubere" und bindende Resolution erzwingen, die den Rückzug aller Besatzungstreitkräfte aus dem Land in naher Zukunft fordere. "Nächste Woche werden wir mit den Beratungen beginnen, wir haben schon genug Unterschriften dafür."

Raed Jarrar ist Iraker und Berater im "American Friends Service Committee". Er betreibt den Blog "Raed in the Middle". Joshua Holland gehört zu den Hauptautoren der Webzeitung "AlterNet".

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir für unsere Englisch sprechenden Leser den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

In unserer LP 109/07 haben wir uns mit der Vorgeschichte des UN-Mandats zum Aufenthalt fremder Truppen im Irak befasst und bereits darauf hingewiesen, dass eine Mehrheit des irakischen Parlaments einer Verlängerung dieses Mandats nur noch dann zustimmen will, wenn gleichzeitig ein Zeitplan für den Abzug der US- und Koalitions-Truppen vorgelegt wird.

Obwohl aus dieser Absichtserklärung mittlerweile eine die irakische Regierung bindende Resolution geworden ist, hat der UN-Sicherheitsrat das Mandat für den Aufenthalt fremder Truppen im Irak vorzeitig ohne Zeitplan für einen Truppenabzug verlängert. SPIEGEL ONLINE hat am 14.06.07 dazu Folgendes gemeldet:

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das Mandat für den Irak-Einsatz verlängert. Die Regierung in Bagdad hatte dafür geworben.

New York - Nach ausdrücklichem Wunsch der Regierung in Bagdad habe das höchste UNO-Gremium für eine Fortsetzung der US-geführten Mission gestimmt, erklärte der belgische Ratsvorsitzende, Johan Verbeke. ...

Iraks Außenminister Hoschijar Sebari warb vor der Abstimmung in New York noch einmal persönlich vor den Ratsmitgliedern für eine Bestätigung des Mandats. Die irakischen Sicherheitskräfte seien noch nicht in der Lage, die Aufständischen allein in die Schranken zu weisen.

Eine mögliche Verlängerung des UN-Mandats stand eigentlich erst Ende des Jahres an. Warum hat sich der Sicherheitsrat – auch noch unter dem Vorsitz eines Europäers – über die Vorbehalte der Mehrheit des gewählten irakischen Parlaments hinweggesetzt und vorzeitig dem Wunsch der Regierung der US-Marionette Maliki entsprochen? Warum wurde kein Zeitplan für einen Truppenabzug vorgeschlagen? Wer Demokratie predigt, sollte demokratische Entscheidungen auch dann respektieren, wenn sie nicht ins Konzept der USA, Israels oder ihrer europäischen Verbündeten passen. Was geschieht, wenn der Westen ungelegene demokratische Entscheidungen missachtet, lässt sich gerade am Bruderkrieg zwischen den Palästinensern beobachten. Der irakische Parlamentarier al-Mutlaq hat vor den Folgen der Entscheidung des UN-Sicherheitsrates für sein Land gewarnt: "Es wird alles noch viel schlimmer werden."

Exclusive: Iraqi Lawmakers Pass Resolution That May Force End to Occupation

While most observers are focused on the U.S. Congress as it continues to issue new rubber stamps to legitimize Bush's permanent designs on Iraq, nationalists in the Iraqi parliament -- now representing a majority of the body -- continue to make progress toward bringing an end to their country's occupation.

By Raed Jarrar and Joshua Holland

06/05/07 "AlterNet" --- - The parliament today passed a binding resolution that will guarantee lawmakers an opportunity to block the extension of the U.N. mandate under which coalition troops now remain in Iraq when it comes up for renewal in December. Prime Minister Nouri al-Maliki, whose cabinet is dominated by Iraqi separatists, may veto the measure.

The law requires the parliament's approval of any future extensions of the mandate, which have previously been made by Iraq's prime minister. It is an enormous development; lawmakers reached in Baghdad today said that they do in fact plan on blocking the extension of the coalition's mandate when it comes up for renewal six months from now.

Reached today by phone in Baghdad, Nassar al Rubaie, the head of Al-Sadr bloc in Iraq's Council of Representatives, said, "This new binding resolution will prevent the government from renewing the U.N. mandate without the parliament's permission. They'll need to come back to us by the end of the year, and we will definitely refuse to extend the U.N. mandate without conditions." Rubaie added: "There will be no such a thing as a blank check for renewing the U.N. mandate anymore, any renewal will be attached to a timetable for a complete withdrawal."

Without the cover of the U.N. mandate, the continued presence of coalition troops in Iraq would become, in law as in fact, an armed occupation, at which point it would no longer be politically tenable to support it. While polls show that most Iraqis consider U.S. forces to be occupiers rather than liberators or peacekeepers -- 92 percent of respondents said as much in a 2004 survey by the Independent Institute for Administration and Civil Society Studies -- the U.N. mandate confers an aura of legitimacy on the continuing presence of foreign troops on Iraq's streets, even four years after the fall of Saddam Hussein.

The resolution was initiated when a majority of Iraqi lawmakers signed a nonbinding legislative petition two weeks ago that called on the Iraqi government to demand a withdrawal of all foreign troops from the country.

While the issue of the Multinational Force's (MNF) mandate has been virtually ignored by the American media, it has been a point of fierce contention in Baghdad. Last fall, just after the midterm elections in the United States, a coalition of Iraqi nationalists in the parliament tried to attach conditions to the mandate's extension.

Iraqi lawmaker Jabir Habib (a Shia closely aligned with the al-Sadr Movement) said in an interview last fall that the Iraqi Assembly had been poised to vote on the issue. "We spent the last months discussing the conditions we wanted to add to the mandate," he said, "and the majority of the parliament decided on three major conditions. These conditions included pulling the coalition forces out of the cities and transferring responsibility for security to the Iraqi government, giving Iraqis the right to recruit, train, equip and command the Iraqi security forces, and requiring that the U.N. mandate expire and be reviewed every six months instead of every 12 months."

Lawmakers said that while they likely had enough support to require a timetable for withdrawal as a condition of the mandate's renewal last year, they were sidelined by al-Maliki when the prime minister sent a letter to the U.N. Security Council requesting an extension without consulting members of parliament. The move outraged lawmakers.

In a phone interview just after the extension, Hassan al-Shammari, a Shia parliamentarian representing the al-Fadila party, said: "We had a closed session two days ago, and we were supposed to vote on the mandate in 10 days. I can not believe the mandate was just approved without our knowledge or input." Saleh al-Mutlaq, a secular Sunni lawmaker, was also shocked when we spoke with him last fall. "This is totally unexpected," he said. "It is another example of the prime minister dismissing the views of the parliament and monopolizing all power."

Today's resolution means that Maliki will not be able to make that claim this time around. Reached by phone today in Amman, Jordan, following the vote, al-Mutlaq said: "The parliament is more powerful now -- we can block the renewal of the U.N. mandate and demand to attach a timetable to it."

Iraq's government faces a crisis of legitimacy, in large part due to its refusal to demand the withdrawal of U.S. forces long favored by as many as four out of five Iraqis. According to a poll last year by the Project on International Policy Attitudes, 80 percent of Iraqis believe the U.S. plans to maintain permanent military bases in the country and three out of four believe that if their government were to demand a timetable for withdrawal, Washington would ignore it (according to the poll's authors, that finding was a major driver of the significant support among all groups of Iraqis for attacking coalition troops).

It is possible, even probable, that the Maliki regime will veto the resolution passed today. The White House's separatist allies in Baghdad have consistently found ways to bypass the assembly. Al Mutlaq said today that the nationalist bloc probably doesn't have the two-thirds majority required to override a veto.

He warned, however, that the more the al-Maliki regime does to sideline the Iraqi parliament, the more Iraqis will be compelled to turn to violent resistance to the occupation. He said: "It will lead to many groups withdrawing from the political process and could only make things even worse."

The resolution passed today is only one part of the nationalists' effort to bring about a U.S. withdrawal. Nassar al Rubaie said of the measure's passage: "All of this is just our backup plan, but our other and more specific resolution setting a timetable will come soon." He promised that nationalists in parliament would force debate on a "clean" and binding resolution requiring occupation forces to withdrawal from the country in the immediate future. "We'll start the deliberations next week," he said. "We have enough signatures for that one already."

Raed Jarrar is Iraq consultant to the American Friends Service Committee. He blogs at Raed in the Middle. Joshua Holland is a senior writer at AlterNet.

© 2007 Independent Media Institute. All rights reserved.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern